

Die Europapolitik in der wissenschaftlichen Debatte

Wolfgang Wessels

Der Blick auf die wissenschaftliche Debatte zur Europapolitik ist von einer neuen und zunächst überraschenden Unübersichtlichkeit geprägt: die Ergebnisse der Ratifizierungsdebatte in Frankreich und den Niederlanden haben ein (Nach-)Denken ausgelöst, das einige Grundannahmen zur Vertiefung und Erweiterung in Frage stellen lässt. Viele Analytiker des Entstehungsprozesses des Verfassungsvertrags waren gleichzeitig als Berater und Kommentatoren auch ‚Aktivisten‘; sie verstanden und verstehen sich als Mitträger der Gründergeneration einer neuen Phase der Integrationskonstruktion. Das, zumindest vorläufige, Scheitern wird, zumindest implizit, mit Bedauern begleitet und mag als Fehlinvestition verstanden werden.

Das politische Umfeld löst damit – jedenfalls für einige Zeit – in der wissenschaftlichen Debatte eine beträchtliche Unsicherheit aus, die auch zu einem Wandel des zugrunde liegenden Paradigmas (vgl. Kuhn 1973) der Integrationstheorie (vgl. zum Begriff Loth/Wessels 2001) führen könnte. In derartigen Konstellationen treten deutlicher als zuvor mehrere Strömungen in Forschung, Lehre und öffentlichem Diskurs ins Scheinwerferlicht akademischer Diskussionen.

Spannend wird sein, ob und wie sich die langjährigen wissenschaftlichen Schulen zur Union mit der ‚Nach-Referendum-„Malaise“‘ (Beck/Grande 2004: 9-45) auseinandersetzen und welche Überlegungen daraus wiederum für die nächsten Schritte in der Konstruktion der Europäischen Union erfolgen (vgl. EU-CONSENT – „Constructing Europe“ Network, Faber/Fleschenberg 2005). Nicht überraschend ist dabei, dass Grundfragen immer wieder und nicht zuletzt in den Situationen konzeptioneller und strategischer Unsicherheit aufgeworfen werden. Die Schwerpunkte und Konturen der Diskussionslandschaft sind deshalb erneut auf einen möglichen Wandel zu untersuchen: Werden Leitbegriffe der letzten Jahre wie „Konstitutionalisierung“ (vgl. u.a. Jopp/Matl 2005b: 15 -18; Puntcher Riekman 2005; Wiener 2005) durch neue abgelöst? Bietet „die Idee des kosmopolitischen Europas“ (Beck/Grande 2004: 14-39) einen innovativen Wegweiser, der „europäische Lebenslügen“ ersetzen kann (Beck/Grande 2004: 39-45)? Gibt es nach einem „constitutional turn“ (Wiener/Dietz 2004b: 238) und einer „Konstitutionalisierung Europas zwischen Konvent, Regierungskonferenz und Verfassungsvertrag“ (vgl. zu Literaturübersichten: Maurer/Kietz 2004; Brückner/Held/Stengel/Völkel 2004) eine grundsätzliche Wende etwa hin zu einer Dekonstitutionalisierung; oder werden die Ereignisse des Jahres 2005 nur kurzfristig als ein weiteres Plateau in einem langfristig angelegten Stufenprozess zu einem staatsähnlichen Gebilde zu verstehen sein (vgl. Wessels 2005c)? Angesichts mancher Kassandrarufer im Sommer 2005 ist deshalb in den kommenden Jahren die These zu prüfen: „Integration ist ... kein Kapitel der Vergangenheit, sondern ein zukunftsoffenes, spannendes Unternehmen“ (Kohler-Koch/Conzelmann/Knodt 2004: 20).

Grundlagentexte: Rüstzeug für Forschung und Lehre

Als Basis für viele weiterführende Arbeiten sind Textzusammenstellungen sowie Lehr- und Taschenbücher zu empfehlen. Kostengünstig über die Bundeszentrale für Politische Bildung zu beziehen (<http://www.bpb.de>) sind die sinnvoll eingeführten Ausgaben von Th. Läufer zum EU-Vertrag von Nizza (Läufer 2004) und zum „Vertrag über ein Verfassung für Europa“ (hier bereits interpretierend „Verfassung der Europäischen Union“ genannt) (Läufer 2005). Ebenfalls von der Bundeszentrale für Politische Bildung wird das „Europa-Handbuch“ von Weidenfeld (2004) angeboten. Zu diesem Satz an Basistexten ist auch ein Standardwerk aus historischer Feder zu zählen: „Die Europäische Einigung von 1945 bis heute“ (Brunn 2004), das – wie die Bücher von Knipping (2004) und Dinan (2004) – wesentliche Stationen, politisch Handelnde und „europapolitische Weichenstellungen“ (Loth 2004: 474) erfasst und erklärt.

Ergänzt werden diese Arbeiten mit integrationspolitischer Fokussierung durch Dülffers „Europa im Ost-West-Konflikt 1945-1990“ (Dülffer 2004), das in der Reihe „Grundriss der Geschichte“ – neben der Darstellung der Epoche – auch Grundprobleme und Tendenzen der Forschung sowie Quellen und Literatur aufarbeitet. Seine zentrale These setzt weitere Forschungsperspektiven: „Die Geschichte Europas nach dem zweiten Weltkrieg muss insgesamt zwar welthistorisch eingebettet werden, aber zentral die Wechselwirkungen zwischen „Westen“ und „Osten“ berücksichtigen“ (Dülffer 2004: 4). Für die Diskussion möglicher Zukunftsszenarien in der größeren Union ist der Verweis auf „ältere Prägungen“ (Dülffer 2004: 5) von erheblicher Bedeutung: Der Ost-West-Gegensatz wie auch das Nord-Süd-Gefälle haben demnach historische Wurzeln, die nicht nur aus der Nachkriegsgeschichte zu erklären sind.

Die Reihe empfehlenswerter Lehrbücher ist durch zwei Veröffentlichungen von Politikwissenschaftlern zu ergänzen, die – in einer nicht immer einfachen Mischung von studien-gerechter Einführung und vertiefender Aufnahme wissenschaftlicher Spitzenforschungen – zu Standardwerken werden könnten. In der zweiten Auflage von „The Political System of the European Union“ (2005) gliedert Hix seinen Stoff in „government“, „politics“ und „policy making“. Sein Ansatz geht von der Nützlichkeit systemtheoretischer Überlegungen aus: „we can improve our understanding of how the EU works by applying to the EU our general understanding of the main processes in modern political systems. The key underlying assumption then is that the EU is a fully functioning political system“ (Hix 2005: 406). Das Lehrbuch zum Themengebiet „Europäische Integration – Europäisches Regieren“ (Kohler-Koch/Conzelmann/Knodt 2004) will „aus einem reichhaltigen Angebot der Theorien eine breite Palette auswählen, die entweder zur Erklärung von Integration oder auch der systemischen Eigenschaften der EU herangezogen werden können“ (Ebenda: 20). Vermittelt wird nicht nur – wie auf der Titelseite angekündigt – „Grundwissen“, sondern auch vertiefende Erkenntnisse zu „Grundlagen“, „Dynamik der Wirtschaftsintegration“, „die EU als politisches System und ihre Politik“, „Transformation des Regierens“ und „Demokratie und politische Partizipation“. In beiden Veröffentlichungen werden eine Vielzahl gemeinsamer Fragen und Ansätze zu deren Diskussion erkennbar, die sich zu einem Kernbestand für Studien zur Europäischen Union aufaddieren lassen.

Auch die neunte Auflage des „Europa von A bis Z. Taschenbuch der Europäischen Integration“ (Weidenfeld/Wessels 2005) ist in einer aktualisierten Auflage mit Ergänzungen im Hinblick auf die Erweiterung auf 25 Mitgliedern und mit Anmerkungen zu relevanten Abschnitten zum Verfassungsvertrag anzukündigen.

Aus der Disziplin der Ökonomen bietet „The Economics of European Integration“ (Baldwin/Wyplosz 2004) eine sorgfältig aufgearbeitete Darstellung und Untersuchung wesentlicher Bausteine der Integrationskonstruktion. Nachvollziehbar präsentiert werden wirtschaftswissenschaftliche Analysen und Diskussionen zu ökonomischen Schlüsselfragen – so zu zentralen Politikfeldern wie der Agrarpolitik, zur Währungsunion und zum Stabilitäts- und Wachstumspakt. Von besonderem Reiz für eine multi-disziplinäre Diskussion können ökonomische Ansätze zur Durchleuchtung und Bewertung konstitutioneller und institutioneller Fragen sein. So erörtern die Autoren wesentliche Prinzipien des „fiskalischen Föderalismus“, der zur Diskussion um die vertikale Kompetenzverteilung in der EU hilfreiche, aber auch nicht immer eindeutige Kriterien einbringt (vgl. u.a. ebenda: 98). Anregend sind auch Modellberechnungen zur Effizienz der Beschlussfähigkeit im Rat in Form einer „passage probability“ (Ebenda: 84), zur Machtverteilung zwischen den Mitgliedstaaten durch eine strategische Position bei der Erreichung einer qualifizierten Mehrheit (Ebenda: 93) und zur doppelten Legitimität als Folge einer „Union of the People“ und einer „Union of the States (Ebenda: 93-97). Wie die Autoren selbst anmerken ist für das Nachvollziehen ihrer Argumentationslinien immer wieder eine „mentale Gymnastik“ notwendig (Ebenda: 95), aber ihre Annahmen und Ableitungen bieten einen vertieften Plausibilitätstest für manche Argumentationslinien in der Debatte um institutionelle Reformen. Jedoch sind auch aus diesem Ansatz wenige Erklärungen für eine ‚Nach-Referenda-Malaise‘ zu entnehmen.

Einen hilfreichen Überblick über die ökonomische Integrationstheorie präsentiert auch Nienhaus (2003), der den Diskussionstand zur „realwirtschaftlichen Integration“ (Gemeinsamer Markt) zur „monetären Integration“ (Währungsunion) und zur „politischen Integration“ (Wirtschaftsunion) darstellt und kommentiert. Anregend für weitere Diskussionen sind einige seiner Beobachtungen: „Politische und nicht ökonomische Motive gaben den Anstoß zur Integration Westeuropas nach dem II. Weltkrieg“ (Nienhaus 2003: 547): Und „die ökonomische Integrationstheorie bzw. die wissenschaftliche Politikberatung hat bei den entscheidenden wirtschaftspolitischen Weichenstellungen keine herausragende Rolle gespielt“ (Ebenda). Weiterhin spannend ist die kritische Würdigung der Währungsunion anhand der „Theorie optimaler Währungsräume“ (Nienhaus 587-587). Angebote für eine stärker interdisziplinäre Debatte bilden die „Ansätze zur Erklärung politischen Handelns in der Europäischen Union“. Zurückgegriffen wird dabei methodisch auf „Ansätze der Neuen Politischen Ökonomie, in deren Mittelpunkt individuelle Rationalkalküle stehen“ (Nienhaus 2003: 611). Die aus dieser Forschungsperspektive erarbeiteten Argumentationslinien zu den Organen der Union ergänzen und kontrastieren Arbeiten anderer Disziplinen – so etwa neo- institutionalistischer Herkunft (siehe unten).

Kommentare zum Verfassungsvertrag – mehr als nur Randnotizen zu einer historischen Fußnote?

Nach dem Aufschub der Ratifizierungsverfahren zum Verfassungsvertrag, der einen Abbruch dieses Anlaufs zur Konstitutionalisierung (Wessels 2004: 27-28) signalisiert, drängt sich die Frage auf, ob und wie mit dem Dokument weiter gearbeitet werden soll (Weidenfeld 2005c). Sind die umfangreichen und detaillierten Darstellungen und Analysen (vgl. insbesondere Jopp/Matl 2005a, Weidenfeld 2005a; Große Hüttmann 2005) mehr als Momentaufnahmen einer Debattenkonjunktur, die schon 2005 von einer Krisenanalyse abzulösen ist?

Von einem unreflektierten Ablegen der vielfältigen Arbeiten in die Archive zur Wiedervorlage für Historiker in dreißig Jahren ist nachdrücklich abzuraten. Auch wenn der unmittelbare Wert vieler Anmerkungen und Vorschläge vor dem Hintergrund des Aufschubs und gegebenenfalls Abbruchs der Ratifizierungsprozesse im Hinblick auf die Tagesrelevanz deutlich abgewertet wurde, können die Vertragsartikel und entsprechende Kommentierungen auf eine absehbare Zeit für mehrere Zwecke herangezogen werden:

- Sie dokumentieren das (Nach-)Denken zu einem historisch weiterhin bemerkenswerten Vorgang und Vorhaben; die Argumentationslinien sind verankert in langfristigen angelegten „Erzählungen“ (vgl. Kohler-Koch/Conzelmann/Knodt 2004: 28-37) oder „Meta-Erzählungen“ (Faber 2005: 265) zur Integrationskonstruktion; Analysen zum „schwierigen Weg (über Konvent und Regierungskonferenz) zur Europäischen Verfassung“ (Laffan 2005) können den Bestand an integrationsbezogenen Theorien an einem empirischen Text untersuchen und entsprechend ergänzen; sie können aber auch Anlass zur Bildung von politischen Mythen geben, die rückblickend entweder eine leichtfertig verspielte Möglichkeit im Hinblick auf ein „alternativloses Ordnungskonzept für das erweiterte Europa“ (Jopp/Matl 2005b: 38-40) oder aber alternativ das Ende eines alten, überholten Konzepts und den Beginn eines neuen realitätsnäheren Wegs signalisieren.
- Wesentliche Formulierungen des Verfassungsvertrags und entsprechende Kommentierungen dienen zur Beschreibung und Charakterisierung der bestehenden Verträge und ihrer täglichen Praxis. So kann etwa die Aufgabenbeschreibung des Europäischen Parlaments (Art. I-20(1) VVE) oder des Rats (Art. I-23(1) VVE) – mit der politischen Autorität eines unterzeichneten Vertrages – für das Erfassen der gegenwärtig bestehenden institutionellen Architektur genutzt werden (Wessels 2005d).
- Innovationen, Ergänzungen und Veränderungen des Verfassungsvertrags dokumentieren Baustellen, die von der ‚Verfassungsgeneration‘ der konstitutionellen Architekten als Schwachstellen der EU-Architektur identifiziert worden waren. Entsprechende Abwägungen zu Vor- und Nachteilen spezifischer Vorschläge sind dann nicht nur Produkte eines entsprechenden Zeitgeistes, sondern sie bleiben von nachhaltiger, wenn vielleicht auch nicht von ausschließlicher Bedeutung für fortdauernde Debatten über die weitere Ausgestaltung des EU-Systems.
- Unabhängig von dem konkreten Schicksal des Textes dokumentiert der Verfassungsvertrag eine Selbstverständigung zwischen legitimierten Repräsentanten der EU über einen Weg in die Zukunft Europas, der der ‚Verfassungsgeneration‘ dieses Dokuments selbst, aber auch vielen, wenn auch nicht allen, Kommentatoren eine „Legitimationsstärkung europäischer Entscheidungen“, „einen Chancenzuwachs europäischer Handlungsfähigkeit“ und eine „Profilschärfung der europäischen Wertorientierung“ (Müller-Graff 2004: 46-50) versprach.

Zu den Themenschwerpunkten dieser – über die politische Lebenszeit des Verfassungsvertrags hinausweisenden – politischen und wissenschaftlichen Arbeiten gehören:

- Verfahren der Entstehung des Verfassungsvertrags durch „die Konventsmethode – als Modell für die Zukunft“ (Göler/Marhold 2005: 470-472); der bisher einmalige Vorgang ist auch von weiterem wissenschaftlichem Interesse: So bildet er – neben einer Reihe von Dissertationen und mehreren Forschungsprojekten (vgl. u.a. „Europapolitische Leitbilder in der erweiterten Europäischen Union – Fragmentierung, Kontinuität oder Neuformierung?“, <http://www.iep-berlin.de>) – einen spezifischen Fall für das anspruchsvolle Durchspielen eines differenzierten sozialwissenschaftlichen Instru-

mentariums: „The project ‚Domestic Structures and European Integration‘ documents multi- stage two level constitution building process by systematically gathering data on the positions of core political actors on key reform issues at the European and at the domestic levels.“ (König 2005: 261; siehe auch Tsebelis 2005). Arbeiten mit diesen Datensammlungen (Hix/Crombez 2005) bieten methodisch anregende Nutzungen, deren theoretische und politische Bedeutung noch weiter ausgeleuchtet werden kann.

- „Die Doppelnatur der EU als Bürgerunion und Staatenunion“ (Läufer 2005: 15; Liebert 2005: 397-400; Balwin/Wyplosz 2004: 96-97; Louis/Ronse 2005: XIX) bzw. die „janusköpfige Doppelnatur des transnationalen Gemeinwesens aus Supranationalität und Intergouvernementalität“ (Müller-Graff 2005: 96-97); verbunden mit diesen Charakterisierungen ist die weitere Suche nach Begriffen für das „noch immer ‚unbekannte Wesen‘“ (Schneider 2005).
- Ergänzungen und Reformen an der institutionellen Architektur im Hinblick auf die Handlungsfähigkeit und Legitimationsstärkung (Emmanouilidis 2005a; Jopp/Matl 2005b: 32-38; Wessels 2005b: 50-68).
- Bedeutung der Rechtspersönlichkeit einer Union (Louis/Rinse 2005: 82-85) und der Vorrang des Unionsrechts (Ebenda: 247- 252).
- Legitimität (Liebert 2005: 383-410), Effektivität (Weidenfeld 2005b: 20-21) und Handlungsfähigkeit (Müller- Graff 2005: 100-105) des EU-Systems.
- Offenheit, Flexibilität (Läufer 2005: 23, Emmanouilidis 2005b) mit Blick auf Differenzierung (Weidenfeld 2005b: 21) und „verstärkte Zusammenarbeit“ (Deubner 2005).
- „Neuordnung von Politiken und Handlungsfeldern“ (Jopp/Matl 2005a: 259-383), die Kernaufgaben staatlichen Handels betreffen – so die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (Caesar/Kösters 2005), den „Raum für Freiheit, Sicherheit und Recht“ (Kainer 2005), die GASP (Regelsberger 2005; Algieri 2005) und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (Diedrichs/Jopp 2005; Algieri/Bauer 2005).
- Kompetenzzuordnung und Handlungsinstrumente (Becker 2005; Fischer 2005).
- Die Rolle der Regionen (Hrbek 2005).

In dem vielstimmigen Konzert zum Verfassungsvertrag bieten die Kommentare von Louis/Ronge (2005) besonders anregende Interpretationen, die stringent und schlüssig von dem Rechtsbestand der Gemeinschaftsorthodoxie ausgehen.

Zur Natur und zum Charakter der Union: ein methodologischer Nationalismus

Eine Konstante in der Debatte um die Integrationskonstruktion, die in der Diskussion um den Verfassungsvertrag eine weitere Ausprägung und Höhepunkt fand, bildet die Frage nach der rechtlich-politischen Natur dieses Gebildes; in der nun langen Geschichte um die Suche nach einem Prädikat für das Unikat ist eine weitere Konjunktur in der Debatte über die Anwendbarkeit institutioneller Leitideen wie „Staatenverbund“, „Föderation von Nationalstaaten“ (Schneider 2005: 126-130) oder „föderationsartiger Charakter“ (Müller-Graff 2005: 97) festzustellen. Nachhaltig wird dabei die Auseinandersetzung um die Möglichkeiten eines Vergleichs mit dem „Staat“ geführt. Konventionell ist die Charakterisierung „a political system, but not a state“ (Hix 2005: 2-5). Bei dem Verfassungsvertrag wird jedoch die Nutzung des tradierten Vokabulars staatlicher Gemeinwesen (so der Begriff „Verfassung“) und „staatsanalogisierende Anleihen (so die Festlegung von Unions-symbolen“ (Müller-Graff 2004: 50) genutzt, um „die Staatlichkeit der Union“ mit Pro und Contra abzuwägen (Puntscher Riekman 2005: 150-152). Entsprechend wird in der Per-

spektive einer Langzeitanalyse die These einer Staatsbildung diskutiert: „The Constitutional Treaty might signify a ‚saut qualitatif‘ or a ‚constitutional moment‘ towards a European state writ large, which possesses all those functions and defining characteristics of a state in the conventional sense of the word” (Wessels 2005c).

In diesem Diskussionsfeld warnen Beck und Grande vor „einem teuflischen Nullsummenspiel“ zwischen Europa und seinen Mitgliedstaaten und „vor dem nationalen Blick und dem methodologischen Nationalismus, die dem Denken und Handeln die Unüberwindlichkeit dieser Alternative vorgaukelt und damit nicht unwesentlich dazu beitragen, dass sich die Debatten um Europa immer wieder aufs neue in den gleichen Sackgassen totlaufen“ (Beck/Grande 2004: 14/15). Sie präsentieren mit dem Etikett eines „kosmopolitischen Europa“ eine Alternative, indem sie einen undefinierten Begriff von „Empire“ als eine im Vergleich zum Staat grundlegend verschiedene Form der Herrschaftsausübung (Ebenda: 89) einbringen: „Staat und Empire haben die gleichen Herrschaftsfunktionen zu erfüllen ... Der entscheidende Unterschied zwischen einem modernen Staat und einem Empire ist, dass der Staat seine Sicherheits- und Wohlfahrtsprobleme durch die Etablierung fester Grenzen zu lösen versucht, während das Empire sie durch die Variabilität der Grenzen, durch die Ausdehnung nach außen löst (Ebenda: 90-91).

In der Malaise: Gestaltung Europas neu denken oder: reculer pour mieux sauter?

Zu den Konstanten der Integrationsdebatte gehört die regelmäßige Feststellung von Eurosklerosen bzw. „Lähmungskrisen“ (vgl. u.a. Brunn 2004: 228-229), die dann in neuen Ansätzen einer „relance européenne“ (vgl. u.a. Brunn 2004: 101-111) münden. Die Reaktionen auf die gegenwärtige konstatierte „Malaise“ – bereits vor den Ergebnissen der Referenden (vgl. u.a. Beck/Grande 2004: 11) – zeigen wie in früheren Phasen eine erhebliche Spannbreite.

Festzustellen ist zunächst eine Sprach- und Konzeptlosigkeit. Zwar hatte sich die akademische Diskussion nicht von der offiziellen strategischen Sprachregelung beeindrucken lassen, keinen Plan B für das Scheitern des Verfassungsvertrags in einzelnen Mitgliedstaaten zu diskutieren. Ein Reihe von Varianten – insbesondere im Hinblick auf Formen der verstärkten Zusammenarbeit (Deubner 2005: 254-256) oder einer „weichen Konstitutionalisierung“ (Maurer 2005b: 505-521; Tosato/ Greco 2004; Monar 2005) wurden bereits angedacht. Nach den Ergebnissen der Referenden werden eine Reihe von Gedankenexperimenten als Optionen für die weiteren Strategien skizziert (vgl. v.a. Jopp/Kuhle 2005: 40; Diedrichs/Wessels 2005):

- Die Ratifizierung des Verfassungsvertrages wird zugunsten der Einberufung eines neuen Konvents bzw. einer dann wirklichen verfassungsgebenden Versammlung aufgehalten.
- Der Verfassungsvertrag wird nach einer Denkpause den ratifizierungsunwilligen Mitgliedstaaten mit Teilergänzungen und/oder kosmetischen Zugeständnissen erneut vorgelegt.
- Einzelne Staaten treten nach Ablehnung des Verfassungsvertrags mit einem Assoziierungsvertrag, der dem Modell des Europäischen Wirtschaftsraums nachgezeichnet wird, freiwillig aus und überlassen den Integrationswilligen das Feld.
- Die ratifizierenden Staaten treten aus dem bestehenden EU-Vertrag aus und beschließen eine eigenständige Verfassung, die vom Verfassungsvertrag ausgeht.

- Die Befürworter verwirklichen Bestimmungen des Verfassungsvertrags in einer neuen Rechtsform innerhalb des bestehenden Vertragwerks; die ratifizierungsunwilligen Mitgliedstaaten erklären sich mit Opt-out-Regeln einverstanden.
- Nach einer Schamfrist wird eine ‚normale‘ Regierungskonferenz ein neues Verhandlungspaket beschließen, in dem auch Abschnitte des Verfassungsvertrags in die bestehende Verträge eingefügt werden – eine Fortführung bisheriger Vertragsänderungen, die weniger spektakulär wirkt als eine ‚Verfassung‘.
- Einzelne Bestimmungen des Verfassungsvertrages werden in Form einer ‚weichen‘ Konstitutionalisierung unterhalb der Vertragsveränderschwelle“ (Jopp/Kuhle 2005: 261) übernommen, so wie die Verteidigungsagentur bereits durch einen Beschluss des Rats gegründet wurde; Reformen könnten auf Grund des Selbstorganisationsrecht von Organen, durch interinstitutionelle Abkommen oder durch organrechtliche Beschlüsse umgesetzt werden. Als Felder für diese Art der pragmatischen Teilumsetzung werden insbesondere die Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Innen- und Justizpolitik genannt.
- Die integrationswilligen Mitgliedstaaten vereinbaren Regelungen zu einzelnen Politikfeldern außerhalb des Vertrags in der Perspektive, dass diese gegebenenfalls zu einem geeigneten späteren Zeitpunkt von allen Mitgliedern in vertragliche Bestimmungen gegossen werden. Diskutiert wird diese Variante insbesondere im Hinblick auf Gruppierungen zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Ein wesentlicher Teil derartiger Diskussionen beruhte aber auf der impliziten Annahme, dass die ratifizierungsunwilligen Staaten nicht zum Kern der Gründungsmitglieder gehören; das Scheitern des Referendums in Frankreich entzog einer Reihe weitergehender bzw. grundsätzlicher Alternativen zumindest zunächst den politischen Boden. Damit werden Überlegungen im Hinblick auf eine schleichende de facto Übernahme einzelner, wenn auch begrenzter Veränderungen jedoch nicht gegenstandslos. Vertieft zu diskutieren sind mit diesem Vorgang aber Szenarien einer Rückbildung, die – über das Scheitern des Verfassungsvertrages hinaus – auch einen Abbau des bestehenden Vertragwerks thematisieren.

Im Hinblick auf derartige Optionen werden die wohl vielfältigen Ursachen der Ergebnisse der Referenden und deren Konsequenzen diskutiert. In einer „Soziologie des Abstimmungsverhaltens“ verweist Schild auf die „soziale Trennlinie zwischen dem gut situierten Frankreich und dem Frankreich ‚von unten‘“ sowie auf den „Bruch zwischen den Generationen“, der darauf verweist, dass nur in der Gruppe der Rentner eine Mehrheit der Franzosen für den Verfassungsvertrag stimmte (Schild 2005: 196). In den bohrenden Nachfragen um Richtungen der öffentlichen Meinung betonten Experten die Schwierigkeiten zu gültigen und belastbaren Aussagen für eine tragfähige Strategie zu kommen: „Eine Untersuchung der öffentlichen Meinung zum Verfassungsvertrag (stößt) an Grenzen, die durch die Tatsache bedingt sind, dass die Europäische Union kein zentrales politisches Orientierungsobjekt der Bürgerinnen und Bürger darstellt und daher auch nicht erwartet werden kann, dass die überwiegende Mehrheit der Europäer ein ausgeprägtes Detailwissen über den Vertrag und seine einzelnen Bestimmungen besitzt und klare Vorstellungen über deren Bewertung entwickelt hat.“ (Niedermayer 2005: 448).

Angesichts dieser Analysen ist eine mögliche Schlussfolgerung für die Zukunft des Vertragwerks: „Reichweite und Tiefenwirkung der Schockwellen lassen sich nur ansatzweise erahnen. Die Hoffnung, den VVE unter diesen Umständen ‚retten‘ zu können ... ist ein Ausdruck der Realitätsverweigerung“ (Schild 2005: 187). Dagegen plädieren Jopp/Kuhle: „Die Verlängerung des Ratifizierungsprozesses muss als Diskussions- und

Reflexionsphase genutzt werden, um die Verwirklichung des Europäischen Verfassungsvertrags zu ermöglichen“ (Jopp/Kuhle 2005: 261; Heraushebung durch den Verfasser). Zur konstruktiven Gestaltung der vom Europäischen Rat beschlossenen Denkpause für die weitere Behandlung des Dokuments wird die Einsetzung einer „hochrangigen Reflexionsgruppe“ (Ebenda) vorgeschlagen.

Angesichts des Scheiterns wird aber auch die grundsätzliche Frage nach der Legitimität der Integrationskonstruktion zu diskutieren sein: Dokumentiert das Scheitern vielleicht sogar eine „Verfassungsfalle“, bei der gerade die Fortschritte hin zur mehr Transparenz und demokratischen Mitwirkung im Interesse des Unionsbürgers von diesem nicht akzeptiert werden, da die Bestimmungen des Verfassungsvertrags als Produkt eines europaweiten und parteiübergreifenden Konsenses schwer vermittelbar sind? „Ergebnis (des Konsens- und Kompromissprozesses) ist eine demokratische, politische Ordnung Europas. Sie verknüpft nationale mit supranationalen Legitimitätsressourcen, Output-Effizienz mit Input-Legitimität, parlamentarisch-repräsentative mit deliberativen und partizipativen Normen und Mehrheits- und Konsensverfahren. Dieser Synkretismus hat einerseits seinen Preis, weil er die Vereinfachungen erschwert, welche eine Übersetzung in Massenöffentlichkeiten erleichtern. Andererseits hat er aber insofern Aussicht, eine breite Akzeptanz zu finden, insofern, als er die Chancen einer Wiedererkennung im Kontext der Vielfalt unterschiedlicher, in den Mitgliedstaaten institutionalisierter demokratischer Normen und Praxen maximiert“ (Liebert 2005: 409).

Zwar mag man in der Sicht dieser paradoxen Konstellation „feststellen, dass der Verfassungsvertrag zu einer Stärkung der Legitimation europäischer Entscheidungsprozesse führt“ (Piazolo 2005: 430), aber diese Möglichkeiten werden von den Bürgern nicht erkannt. Ohne Umsetzung des Dokuments kann sich dann auch kein „europäischer Verfassungspatriotismus“ (Habermas 1998: 114; Piazolo 2005: 432) entwickeln. Im Hinblick auf diese Frage nach einer entsprechend gesehenen Unmöglichkeit konstitutioneller Entwürfe scheinen einige Referenden eine vorläufige Antwort zu geben: Die Angebote des Verfassungsvertrags für den Unionsbürger können nicht positiv beurteilt werden, weil sie trotz vielfacher Bemühungen nicht nachvollziehbar geblieben sind bzw. auch angesichts der Vielfalt konstitutioneller Leitideen in Europa unverständlich bleiben (müssen).

Folgt man einer derartigen Analyse, so stellt sich erneut und noch nachhaltiger die Frage nach der angemessenen Strategie für die weitere Gestaltung des EU-Systems. Nach einer Auswertung bisheriger Erfahrungen im Verfassungsprozess (vgl. zur Chronologie Metz/Notz 2005) muss diskutiert werden, ob die Konventsmethode als eine andere Form der Vorbereitung von Regierungskonferenzen „einen deutlichen Mehrwert“ und damit eine „entscheidende verfahrenstechnische Innovation“ (Göler/Marhold 2005: 471) für sinnvolle Reformschritte der EU darstellt. Umstritten ist jedenfalls die Außenwirkung auf eine europäische Öffentlichkeit: Hat der Konvent „eine weitaus größere Transparenz des gesamten Verfahrens ... vor den Augen der (interessierten) Öffentlichkeit“ (Göler/Marhold 2005: 471) erreicht, oder ist eine „nur unzureichende Einbeziehung der Zivilgesellschaft in den Konventsprozess“ (Heuser 2005: 31) zu beobachten. Der Bekanntheitsgrad des Konvents in der öffentlichen Aufmerksamkeit blieb jedenfalls recht niedrig (Niedermayer 2005: 437).

Im Hinblick auf eine derartige Kritik am Verfahren ist eine erneute Rückbesinnung auf die als überholt dargestellte Monnet Methode (vgl. Fischer 2000) anzuraten. Vielleicht sind begrenzte, aber konkrete Vereinbarungen in einem Verhandlungspaket, dessen Ergebnisse

deutlicher vermittelbar sind, einfacher umzusetzen, selbst wenn damit kein umfassender und kohärenter Gesamtentwurf erreicht werden kann.

Beiträge zum außenpolitischen Regieren

Als ein „übergreifendes Konzept“ hat der Leitbegriff „Regieren“ (Jachtenfuchs/Kohler-Koch 2003: 14) im letzten Jahrzehnt an Bedeutung gewonnen (vgl. auch: New Modes of Governance Project – NewGov, <http://www.eu-newgov.org/>). Beiträge mit Blick auf eine „Zielbestimmung und Entscheidungen über Maßnahmen, die für gesellschaftliche Kollektive ... verbindlich sind“ (so die Kurzdefinition von Regieren, Jachtenfuchs/ Kohler-Koch 2003: 15), sind zahlreich und vielfältig.

Bei politikfeldorientierten Arbeiten wird die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) (oder Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, ESVP) besonders intensiv ausgeleuchtet. Die akademische Diskussion um theoretische Zugänge und um konkrete Reformoptionen – so zu dem im Verfassungsvertrag vorgesehenen Amt eines Außenministers der Union – kann in dem „Fornet Netzwerk“ und dort insbesondere im „CFSP Forum“ (<http://www.fornet.info/>) verfolgt werden. Als ein nützlicher Ausgangspunkt für Detailstudien ist eine historisch-systematische Übersicht über die Entwicklung der „konstitutionellen Angebote“ und deren Anwendung „im Praxistest“ (Regelsberger 2004) zu nutzen. Die Autorin beobachtet „besondere Wachstumsraten mit positiven Wirkungen auf ein einheitliches Agieren nach außen im institutionellen Gefüge und bei den Instrumenten ..., während die vertraglichen Neuerungen für effizientere Entscheidungsmechanismen weiterhin ihrer Anwendung harren“ (Ebenda: 120).

Zu einzelnen Aspekten dieses Politikfelds liegen vertiefende Studien vor. Zu dem immer zentralen Faktor der Beziehungen zur USA behandelt ein weiterführender Sammelband „Sicherheitsstrategien Europas und der USA – (bzw.) transatlantische Entwürfe für eine Weltordnungspolitik“ (Jäger/Höse/Oppermann 2005). Anregend im Hinblick auf die Position der EU im internationalen System ist eine Gegenüberstellung „der Grundlagen außenpolitischer Strategien in den USA und in der EU“, die in einem systematisierenden Strategie-Konflikt-Modell (Jäger 2005: 23) präsentiert werden.

Zu dem Mosaik der EU als internationalem Akteur tragen auch informative Detailstudien bei. So beleuchtet Rummel die EU als „Präventionsmacht“ (Rummel 2005). Festgestellt wird dazu: „Eine EU Konfliktpräventionspolitik ist auf den Weg gebracht, aber weder ist ihr Aufbau abgeschlossen, noch liegen verlässliche Erfahrungswerte über ihren Wirkungsgrad vor“ (Ebenda: 197). Auch Ehrhardt untersucht übersichtlich und im Detail die „EU als zivil-militärischer Krisenmanager: zwischen Anspruch und Wirklichkeit“ (Ehrhart 2005). Zu diesem Befund gehören ebenfalls Darstellungen der Intelligence Strukturen für die multilaterale Kooperation von Geheimdiensten (Daun 2005). Eine methodisch anregende Studie zum Bereich der GASP untersucht „Kontinuität und Wandel deutscher Konzepte zur EPZ und GASP“ anhand eines „sozialkonstruktivistischen Ansatzes“ (Schmalz 2004). Damit beobachtet der Autor einen starken Trend der Kontinuität für den Zeitraum nach 1989 (Ebenda: 497).

Integrationstheorien – auf dem Weg zu einem (politik-)wissenschaftlichen Kerncurriculum?

Die Fülle und Vielstimmigkeit von theoriefokussierten und -geleiteten Arbeiten stellen immer wieder Herausforderungen für die Vermittlung in der Lehre dar. Das gemeinsame Erarbeiten eines differenzierten Kanons an Texten und Beiträge, die – als akademische Leuchttürme – Orientierungspunkte sowohl für einen Einstieg als auch für eine Vertiefung setzen, ist dabei ein sinnvolles Unterfangen. Für die politikwissenschaftliche Theoriebildung lässt sich sowohl aus einem Vergleich zweier Sammelbände (Wiener/Dietz 2004a; Bieling/Lerch 2005a) mit Beiträgen führender und jüngerer Autoren als auch aus weiteren Einführungen und Übersichten (Rosamond 2000; Aspinwall/Schneider 2001; Loth/Wessels 2001; Jachtenfuchs/Kohler – Koch 2003; Schmitter 2004: 48; Faber 2005) eine – wie immer nur vorläufige – Selbstverständigung des Faches über lohnenswerte Ansätze erkennen. Derartige Listen signalisieren aber keineswegs die Herausbildung eines dominanten Paradigmas, sondern dokumentieren vielmehr eine gewisse Akzeptanz oder zumindest gegenseitige Anerkennung von „Unterscheidungslinien“, die erkennen lassen „dass von einem allgemein akzeptierten Bild der europäischen Integration keine Rede sein kann“ (Bieling/Lerch 2005b: 18). Jedoch können derartige Zusammenstellungen die Möglichkeit eröffnen, aus einzelnen Theoriebausteinen doch ein „Mosaik“ zusammenzusetzen (Vgl. Diez/Wiener 2004: 20). Hinzuweisen ist dabei auf einen lohnenswerten Versuch, die Vielfalt in eine Übersicht zu integrieren (Schmitter 2004: 48).

Übersicht 1: Grundströmungen der (politik-)wissenschaftlichen Theoriebildung

I. Klassische Ansätze

- Föderalismus
- Neo-Funktionalismus
- Intergouvernementalismus
- Supranationalismus
- Liberaler Intergouvernementalismus

II. Neue Leitbegriffe

- Neo-Institutionalismus
- Sozialkonstruktivismus
- Multi-Level Governance
- Europäisierung nationaler Politik
- Policy Networks
- Diskursanalysen

III. Weitere Ansätze

- Marxistische Politische Ökonomie
- Neogramscianismus
- Feministische Perspektiven
- Soziologische Perspektiven
- Fusion

Quelle: eigene Zusammenstellung aus Wiener/Diez 2004a; Bieling/Lerch 2005a; Kohler-Koch/Conzelmann/Knodt 2004; Rosamond 2000; Schmitter 2004: 48; Faber 2005.

Bemerkenswert ist in dieser Theoriedebatte eine – immer wieder neu belebte – Kontinuität von Spannungsfeldern zwischen neofunktionalistischen und föderalistischen Ansätzen einerseits und intergouvernementalen und neo-realistischen Perspektiven andererseits (Vgl. u.a. Faber 2005: 259-279). Ein in dieser Hinsicht besonders lohnenswerter Beitrag ist der Selbstversuch Schmitter, einem der Wegbereiter des Neofunktionalismus, seine eigenen Arbeiten der sechziger Jahre nach über dreißig Jahren zu überprüfen und in einen Neo- Neofunktionalismus enden zu lassen (Schmitter 2004). Doch nicht nur zum Neofunktionalismus sind „Verzweigungen und Fortentwicklungen“ (Wolf 2005: 81-85) zu beobachten, auch zum Föderalismus wird konstatiert, dass er „als Theorie wie auch als politisches Leitbild nicht nur die Vor- und Frühgeschichte der europäischen Einigung maßgeblich geprägt hat, sondern auch Jahrzehnte später noch ein wichtiges Paradigma zur Beschreibung des europäischen Sonderweges und der wissenschaftlichen Analyse der Europäischen Union darstellt“ (Große Hüttmann/Fischer 2005: 59). Auch zum „Paradigma des (frühen) Intergouvernementalismus“ (des Stanley Hoffmann) werden Fortentwicklungen festgestellt (Bieling 2005: 110).

Verfehlt wäre es freilich, die Theoriedebatte als eine Aneinanderreihung von Renaissance klassischer Ansätze zu verstehen. Zu beobachten sind vielmehr „Wechsel“, „Irritationen“ und „Erweiterung“ der „Perspektiven“ (Bieling/Lerch 2005b: 28-30). Als Beiträge zur Integrationsentwicklung aus anderen, systemkritischen Perspektiven können Arbeiten zur „marxistischen politischen Ökonomie“ (Beckmann 2005) und zum „Neogramscianismus“ (Bohle 2005) weitere Überlegungen anregen. Zu den Stichworten dieser Analysen gehören das Verhältnis von „Kapitalismus“ und „Staat“, „internationale Kapitalverflechtung und europäische Integration“ sowie Imperialismus einschließlich eines „Euro-Imperialismus“ (Beckmann 2005), aber auch – mit anderen Akzenten – ein „disziplinierender Neoliberalismus“, der sich als „Hegemonie in der EU“ in einem „neuen Konstitutionalismus“ ausdrückt (Bohle 2005: 201-204).

Aus den Übersichten wird ebenfalls deutlich, dass neuere politikwissenschaftliche Theoriebildungen – wie Schulen des Neo-Institutionalismus (Pollack 2004; Morisse-Schilbach 2005) und des „Sozialkonstruktivismus“ (Risse 2004; Schweltnuss 2005) – immer wieder neue Anstöße für die Integrationstheorie im engeren Sinn geben (Wessels 2005a: 441-442).

Zu dem sich herausbildenden Kanon gehören zunehmend Arbeiten aus „feministischer Perspektive“ (Abels 2005; Hoskyns 2004). Weiterhin als defizitär gelten Beiträge aus der Soziologie (Trenz 2005: 373-375; vgl. auch Beck/Grande 2004: 34), wiewohl „Konstitutionsbedingungen einer europäischen Gesellschaft“ – insbesondere im Hinblick auf die „(zivil)gesellschaftliche Mobilisierung von kollektivem Handeln“, der „Entfaltung öffentlicher Kommunikations- und Verständigungsprozesse“ sowie einer „kollektiven Identitätsbildung“ (Trenz 2005: 378) – von nachhaltigem wissenschaftlichem Interesse und zunehmender politischer Bedeutung sind.

Gegenüber diesem Bestand an Integrationstheorien wird eine „*neue kritische (bzw. auch selbstkritische) Theorie der Europäischen Integration*“ (Beck/Grande 2004: 47f., Heraushebung durch die beiden Autoren) präsentiert. Dieser Ansatz geht von einer eindeutigen „Diagnose“ aus: „Europa ist nicht europäisch genug“; als entsprechende „Therapie“ wird vorgeschlagen: „mehr Europa – allerdings richtig, das heißt kosmopolitisch verstanden!“ Definiert wird dieser schillernde Begriff: „Das kosmopolitische Europa ist keine Beglückungsmaschine, eher eine Anleitung für den Umgang mit Ambivalenzen – und diese

Ambivalenzen sind unauflösbar“ (Beck/Grande 2004: 49, Heraushebung durch die beiden Autoren).

Auch für die Zukunft wird für „die Baustelle der Integrationstheorie keine Ruhe (erwartet), solange der reale Prozess der Integration immer wieder neues Anschauungs- und Baumaterial liefert“ (Bieling/Lerch 2005b: 30). Sie wird weiterhin sowohl „politikgetrieben“ als auch „wissenschaftlich induziert“ (Kohler-Koch/Conzelmann/Knodt 2004: 319f.) bleiben.

Weiterführende Literatur

- Abels, Gabriele (2005): Feministische Perspektiven, in: Hans-Jürgen Bieling / Marika Lerch (Hrsg.): Theorien der europäischen Integration, Stuttgart 2005, S. 347-372.
- Algeri, Franco (2005): Von der Macht der Zeitumstände und der Fortführung eines integrationspolitischen Projekts: Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik im Verfassungsvertrag, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.): Die Europäische Verfassung in der Analyse, Gütersloh 2005, S. 205-227.
- Algeri, Franco / Bauer, Thomas (2005): Eine Frage der Macht: Die Europäische Union auf dem Weg zum sicherheits- und verteidigungspolitischen Akteur mit globaler Reichweite, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.): Die Europäische Verfassung in der Analyse, Gütersloh 2005, S. 228-249.
- Aspinwall, Mark / Schneider, Gerald (2001): Institutional research on the European Union, mapping the field, in: Dies. (Hrsg.): The rules of integration, Institutional approaches to the study of Europe, New York, Manchester, S. 1-19.
- Baldwin, Richard/Wyplosz, Charles (2004): The Economics of European Integration. Berkshire.
- Beck, Ulrich / Grande, Edgar (2004): Kosmopolitisches Europa, Frankfurt/Main.
- Becker, Peter (2005): Die vertikale Kompetenzordnung im Verfassungsvertrag, in: Mathias Jopp / Saskia Matl (Hrsg.): Der Vertrag über eine Verfassung für Europa. Analysen zur Konstitutionalisierung der EU, Baden-Baden 2005, S. 187-208.
- Beckmann, Martin (2005): Marxistische Politische Ökonomie, in: Hans-Jürgen Bieling / Marika Lerch (Hrsg.): Theorien der europäischen Integration, Stuttgart 2005, S. 117-141.
- Bieling, Hans-Jürgen (2005): Intergouvernementalismus, in: Ders. / Marika Lerch (Hrsg.): Theorien der europäischen Integration, Stuttgart 2005, S. 91-116.
- Bieling, Hans-Jürgen / Lerch, Marika (Hrsg.) (2005a): Theorien der europäischen Integration, Stuttgart.
- Bieling, Hans-Jürgen / Lerch, Marika (2005b): Theorien der europäischen Integration: ein Systematisierungsversuch, in: Dies. (Hrsg.): Theorien der europäischen Integration, Stuttgart, S. 9-37.
- Bohle, Dorothee (2005): Neogramscianismus, in: Hans-Jürgen Bieling / Marika Lerch (Hrsg.): Theorien der europäischen Integration, Stuttgart 2005, S. 197-221.
- Brückner, Jonas / Held, Joachim / Stengel, Andrea / Völkel, Christian (2004): Der EU-Verfassungsprozeß, Bibliographie 2001-2004, SWP-Diskussionspapier, August 2004.
- Brunn, Gerhard (2004): Die europäische Einigung: von 1945 bis heute, Bonn.
- Caesar, Rolf / Kösters, Wim (2005): Europäische Wirtschafts- und Währungsunion: Europäische Verfassung versus Maastrichter Vertrag, in: Mathias Jopp / Saskia Matl (Hrsg.): Der Vertrag über eine Verfassung für Europa. Analysen zur Konstitutionalisierung der EU, Baden-Baden 2005, S. 259-274.
- Chardon, Matthias / Göth, Ursula / Große Hüttmann, Martin / Probst-Dobler, Christine (Hrsg.) (2003): Regieren unter neuen Herausforderungen: Deutschland und Europa im 21. Jahrhundert, Festschrift für Rudolf Hrbek zum 65. Geburtstag, Baden-Baden.
- Daun, Anna (2005): Intelligence – Strukturen für die multilaterale Kooperation europäischer Staaten, in: integration 2/05, S. 136-149.

- Deubner, Christian (2005): Verstärkte Zusammenarbeit in der verfassten Europäischen Union, in: Mathias Jopp / Saskia Matl (Hrsg.): Der Vertrag über eine Verfassung für Europa. Analysen zur Konstitutionalisierung der EU, Baden-Baden 2005, S. 239-257.
- Diedrichs, Udo / Jopp, Mathias (2005): Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU nach dem Verfassungsvertrag: Innovationen, Experimente, Impulse, in: Mathias Jopp / Saskia Matl (Hrsg.): Der Vertrag über eine Verfassung für Europa – Analysen zur Konstitutionalisierung der EU, Baden-Baden 2005, S. 343-366.
- Diedrichs, Udo / Wessels, Wolfgang (2005): Die Europäische Union in der Verfassungsfalle? Analysen, Entwicklungen und Optionen, in: *integration* 4/05, im Erscheinen.
- Diez, Thomas / Wiener, Antje (2004): Introducing the Mosaic of Integration Theory, in: Dies. (Hrsg.): *Theories of European Integration: Past, Present and Future*, Oxford 2004, S. 1-21.
- Dinan, Desmond (2004): Reconstituting Europe, in: Green Cowles, Maria/Dinan, Desmond (Hrsg.): *Developments in the European Union 2*, New York 2004, S. 25-46.
- Dülffer, Jost (2004): *Europa im Ost-West-Konflikt 1945 -1990*, München.
- Ehrhart, Hans-Georg (2005): Die EU als zivil-militärischer Krisenmanager: zwischen Anspruch und Wirklichkeit, in: *integration* 3/05, S. 217-232.
- Emmanouilidis, Janis A. (2005a): Die institutionellen Reformen in der Verfassung – die neue Machtarchitektur der Europäischen Union, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.): *Die Europäische Verfassung in der Analyse*, Gütersloh 2005, S. 70-104.
- Emmanouilidis, Janis A. (2005b): Der Weg zu einer neuen Integrationslogik – Elemente flexibler Integration in der Europäischen Verfassung, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.): *Die Europäische Verfassung in der Analyse*, Gütersloh 2005, S. 149-172.
- Faber, Anne (2005): Europäische Integration und politikwissenschaftliche Theoriebildung. Neofunktionalismus und Intergouvernementalismus in der Analyse, Wiesbaden.
- Faber, Anne / Fleschenberg, Jana (2005): EU-CONSENT: Welche Optionen für die Zukunft der Europäischen Union?, in: *integration* 4/05, im Erscheinen.
- Fischer, Joschka (2000): Vom Staatenverbund zur Föderation – Gedanken über die Finalität der Europäischen Integration. Rede von Joschka Fischer am 12. Mai 2000 in der Humboldt-Universität Berlin, http://www.auswaertiges-amt.de/4_europa/index.htm.
- Fischer, Thomas (2005): Kompetenzordnung und Handlungsinstrumente – Verhaltene Reformansätze in der Verfassung, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.): *Die Europäische Verfassung in der Analyse*, Gütersloh 2005, S. 105-135.
- FORNET – A network of research and teaching on European Foreign Policy, <http://www.fornet.info/>.
- Göler, Daniel / Marhold, Hartmut (2005): Die Konvents-methode – Institutionelles Experiment oder Modell für die Zukunft?, in: Mathias Jopp / Saskia Matl (Hrsg.): *Der Vertrag über eine Verfassung für Europa. Analysen zur Konstitutionalisierung der EU*, Baden-Baden 2005, S. 453-472.
- Große Hüttmann, Martin (2005): Das Experiment einer europäischen Verfassung, in: *integration* 3/05, S. 262-267.
- Große Hüttmann, Martin / Fischer, Thomas (2005): Föderalismus, in: Hans-Jürgen Bieling / Marika Lerch (Hrsg.): *Theorien der europäischen Integration*, Stuttgart 2005, S. 41-63.
- Habermas, Jürgen (1998): *Die postnationale Konstellation. Politische Essays*, Frankfurt/M.
- Heuser, Annette (2005): Der Verfassungsprozess in der öffentlichen Wahrnehmung und die Rolle der Zivilgesellschaft, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.): *Die Europäische Verfassung in der Analyse*, Gütersloh 2005, S. 26-32.
- Hix, Simon (2005): *The Political System of the European Union*, 2. Aufl., London.
- Hix, Simon / Crombez, Christophe (2005): Extracting Ideal Point Estimates from Actors' Preferences in the EU Constitutional Negotiations, in: *European Union Politics* 3/05, S. 353-376.
- Hoskins, Catherine (2004): Gender Perspectives, in: Wiener, Antje / Diez, Thomas (Hrsg.): *Theories of European Integration: Past, Present and Future*, Oxford 2004, S. 217-236.

- Hrbek, Rudolf (2005): Die Regionen im Verfassungsvertrag – eine gestärkte Stellung im EU-System, in: Mathias Jopp / Saskia Matl (Hrsg.): Der Vertrag über eine Verfassung für Europa. Analysen zur Konstitutionalisierung der EU, Baden-Baden 2005, S. 169-186.
- Jachtenfuchs, Markus / Kohler-Koch, Beate (2003): Regieren und Institutionenbildung, in: Jachtenfuchs, Markus / Kohler-Koch, Beate: Europäische Integration, 2. Auflage, Opladen 2003, S. 11-46.
- Jäger, Thomas (2005): Ordnung, Bedrohung, Identität: Grundlagen außenpolitischer Strategien, in: Thomas Jäger / Alexander Höse / Kai Oppermann (Hrsg.): Die Sicherheitsstrategien Europas und der USA. Transatlantische Entwürfe für eine Weltordnungspolitik, Baden-Baden 2005, S. 9-26.
- Jäger, Thomas / Höse, Alexander / Oppermann, Kai (Hrsg.) (2005): Die Sicherheitsstrategien Europas und der USA. Transatlantische Entwürfe für eine Weltordnungspolitik, Baden-Baden.
- Jopp, Mathias / Kuhle, Gesa-S. (2005): Wege aus der Verfassungskrise – die EU nach den gescheiterten Referenden in Frankreich und den Niederlanden, in: integration 3/05, S. 257-261.
- Jopp, Mathias / Matl, Saskia (Hrsg.) (2005a): Der Vertrag über eine Verfassung für Europa. Analysen zur Konstitutionalisierung der EU, Baden-Baden.
- Jopp, Mathias / Matl, Saskia (2005b): Der Europäische Verfassungsvertrag als Höhepunkt im Prozess der Konstitutionalisierung der EU – eine Einführung, in: Dies. (Hrsg.): Der Vertrag über eine Verfassung für Europa. Analysen zur Konstitutionalisierung der EU, Baden-Baden 2005, S. 15-41.
- Kainer, Friedemann (2005): Der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts nach dem Verfassungsvertrag, in: Mathias Jopp / Saskia Matl (Hrsg.): Der Vertrag über eine Verfassung für Europa. Analysen zur Konstitutionalisierung der EU, Baden-Baden 2005, S. 283-305.
- Knipping, Franz (2004): Rom, 25. März 1957. Die Einigung Europas, München.
- König, Thomas (2005): Measuring and Analysing Positions on European Constitution-building, in: European Union Politics 3/05, S. 259-267.
- Kohler-Koch, Beate/Conzelmann, Thomas/Knodt, Michèle (2004): Europäische Integration – Europäisches Regieren, Wiesbaden.
- Kuhn, Thomas S. (1973): Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen, Frankfurt a. M. 1973 und 1988.
- Laffan, Brigid (2005): Der schwierige Weg zur Europäischen Verfassung: Von der Humboldt-Rede Außenminister Fischers bis zum Abschluss der Regierungskonferenz, in: Mathias Jopp / Saskia Matl (Hrsg.): Der Vertrag über eine Verfassung für Europa. Analysen zur Konstitutionalisierung der EU, Baden-Baden 2005, S. 473-492.
- Larat, Fabrice (2005): CONNEX – ein Exzellenznetzwerk zum Regieren im europäischen Mehrebenenensystem, in: integration 2/05, S. 179-182.
- Läufer, Thomas (Hrsg.) (2004): Vertrag von Nizza. Texte des EU-Vertrages und des EG-Vertrages, Charta der Grundrechte der Europäischen Union, deutsche Begleitgesetze, Bonn.
- Läufer, Thomas (Hrsg.) (2005): Verfassung der Europäischen Union, Verfassungsvertrag vom 29. Oktober 2004, Protokolle und Erklärungen zum Vertragswerk, Bonn.
- Liebert, Ulrike (2005): Der Verfassungsvertrag: Ein Fortschritt für die demokratische Legitimität in der Europäischen Union? , in: Mathias Jopp / Saskia Matl (Hrsg.): Der Vertrag über eine Verfassung für Europa. Analysen zur Konstitutionalisierung der EU, Baden-Baden 2005, S. 343-366.
- Loth, Wilfried (2004): Deutsche Europapolitik von Helmut Schmidt bis Helmut Kohl, in: Knipping, Franz/Schönwald, Matthias (Hrsg.): Aufbruch zum Europa der zweiten Generation. Die europäische Einigung 1969-1984, Europäische und Internationale Studien 3, Trier.
- Loth, Wilfried/Wessels, Wolfgang (Hrsg.) (2001): Theorien europäischer Integration, Opladen.
- Louis, Jean Victor/Ronse, Thierry (2005): L'ordre juridique de l'Union européenne. Dossiers de droit européen n°13, Bâle.

- Maurer, Andreas (2005a): Verfahren und Normenhierarchie im Verfassungsvertrag: Effizienzsteigerung trotz strukturierter Unordnung, in: Mathias Jopp / Saskia Matl (Hrsg.): Der Vertrag über eine Verfassung für Europa. Analysen zur Konstitutionalisierung der EU, Baden-Baden 2005, S. 209-237.
- Maurer, Andreas (2005b): Die Ratifikation des Verfassungsvertrags, in: Mathias Jopp / Saskia Matl (Hrsg.): Der Vertrag über eine Verfassung für Europa. Analysen zur Konstitutionalisierung der EU, Baden-Baden 2005, S. 493-521.
- Maurer, Andreas / Kietz, Daniela (2004): Die Konstitutionalisierung Europas zwischen Konvent, Regierungskonferenz und Verfassungsvertrag, in: Politische Vierteljahresschrift, 4/04, S. 568-582.
- Metz, Almut / Notz, Kristina (2005): Von Nizza bis Rom – Chronologie des Verfassungsprozesses, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.): Die Europäische Verfassung in der Analyse, Gütersloh 2005, S. 261-297.
- Monar, Jörg (2005): Optionen für den Ernstfall: Auswege aus einer möglichen Ratifizierungskrise des Verfassungsvertrags, in: integration 1/05, S. 16-32.
- Morisse-Schilbach, Melanie (2005): Historischer Institutionalismus, in: Hans-Jürgen Bieling / Marika Lerch (Hrsg.): Theorien der europäischen Integration, Stuttgart 2005, S. 271-292.
- Müller-Graff, Peter-Christian (2004): Entwicklungslinien des Europäischen Verfassungsvertrags, in: Werner Weidenfeld / Wolfgang Wessels (Hrsg.), Jahrbuch der Europäischen Integration 2003/2004, Baden-Baden 2004, S. 39-50.
- Müller-Graf, Peter-Christian (2005): Strukturmerkmale des neuen Verfassungsvertrages für Europa im Entwicklungsgang des Primärrechts, in: Mathias Jopp / Saskia Matl (Hrsg.): Der Vertrag über eine Verfassung für Europa. Analysen zur Konstitutionalisierung der EU, Baden-Baden 2005, S. 87-107.
- NewGov – New Modes of Governance Project, <http://www.eu-newgov.org/>.
- Niedermyer, Oskar (2005): Die öffentliche Meinung zum Europäischen Verfassungsvertrag, in: Mathias Jopp / Saskia Matl (Hrsg.): Der Vertrag über eine Verfassung für Europa. Analysen zur Konstitutionalisierung der EU, Baden-Baden 2005, S. 435-449.
- Nienhaus, Volker (2003): Europäische Integration, in: Vahlens Kompendium der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik, Bd. 2, 8. Aufl., München 2003, S. 545-632.
- Piazolo, Michael (2005): Die Bedeutung der Verfassung für die Bürger, in: Mathias Jopp / Saskia Matl (Hrsg.): Der Vertrag über eine Verfassung für Europa. Analysen zur Konstitutionalisierung der EU, Baden-Baden 2005, S. 411-433.
- Pollack, Mark A. (2004): The New Institutionalisms and European Integration, in: Wiener, Antje / Diez, Thomas (Hrsg.): Theories of European Integration: Past, Present and Future, Oxford 2004, S. 137-156.
- Puntscher Riekmann, Sonja (2005): Die Konstitutionalisierung der Europäischen Union: Ein evolutionärer Aufbruch, in: Mathias Jopp / Saskia Matl (Hrsg.): Der Vertrag über eine Verfassung für Europa. Analysen zur Konstitutionalisierung der EU, Baden-Baden 2005, S. 133-152.
- Regelsberger, Elfriede (2004): Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP) – Konstitutionelle Angebote im Praxistest 1993-2003, Baden-Baden.
- Regelsberger, Elfriede (2005): Mehr Sichtbarkeit, Kohärenz und Effizienz für die GASP – Chancen und Risiken im neuen Verfassungsvertrag, in: Mathias Jopp / Saskia Matl (Hrsg.): Der Vertrag über eine Verfassung für Europa. Analysen zur Konstitutionalisierung der EU, Baden-Baden 2005, S. 323-341.
- Risse, Thomas (2004): Social Constructivism and European Integration, in: Wiener, Antje / Diez, Thomas (Hrsg.): Theories of European Integration: Past, Present and Future, Oxford 2004, S. 159-176.
- Rosamond, Ben (2000): Theories of European Integration, Houndmills.
- Rummel, Reinhardt (2005): Die EU – eine „Präventionsmacht“?, in: Thomas Jäger / Alexander Höse / Kai Oppermann (Hrsg.): Die Sicherheitsstrategien Europas und der USA. Transatlantische Entwürfe für eine Weltordnungspolitik, Baden-Baden 2005, S. 169-197.

- Schild, Joachim (2005): Ein Sieg der Angst – das gescheiterte französische Verfassungsreferendum, in: *Integration* 3/05, S. 187-200.
- Schmalz, Uwe (2004): Deutschlands europäisierte Außenpolitik. Kontinuität und Wandel deutscher Konzepte zur EPZ und GASP, Wiesbaden.
- Schmitter, Philippe C. (2004): Neo-Neofunctionalism, in: Wiener, Antje / Diez, Thomas (Hrsg.): *Theories of European Integration: Past, Present and Future*, Oxford 2004, S. 45-74.
- Schneider, Heinrich (2005): Die neu verfasste Europäische Union: noch immer “das unbekanntes Wesen”?, in: Mathias Jopp / Saskia Matl (Hrsg.): *Der Vertrag über eine Verfassung für Europa. Analysen zur Konstitutionalisierung der EU*, Baden-Baden 2005, S. 109-132.
- Schwellnus, Guido (2005): Sozialkonstruktivismus, in: Hans-Jürgen Bieling / Marika Lerch (Hrsg.): *Theorien der europäischen Integration*, Stuttgart 2005, S. 321-345.
- Tosato, Gian Luigi / Greco, Ettore (2004): The EU Constitutional Treaty: How to Deal with the Ratification Bottleneck, in: *The International Spectator* 4/2004, S. 7-24.
- Trenz, Hans-Jörg (2005): Soziologische Perspektiven: Auf der Suche nach der europäischen (Zivil)Gesellschaft, in: Hans-Jürgen Bieling / Marika Lerch (Hrsg.): *Theorien der europäischen Integration*, Stuttgart 2005, S. 373-397.
- Tsebelis, George (2005): Assessing the Contributions of the DOSEI Project, in: *European Union Politics* 3/05, S. 377-390.
- Umbach, Gaby / Scholl, Bruno (2003): Towards A Core Curriculum in EU Studies, in: *European Political Science*, spring 2.2, S. 71-80.
- Weidenfeld, Werner (Hrsg.) (2004): *Europa Handbuch*, Bd.I: Die Europäische Union – Politisches System und Politikbereiche, Bd.II: Die Staatenwelt Europas, Bonn 2004.
- Weidenfeld, Werner (Hrsg.) (2005a): *Die Europäische Verfassung in der Analyse*, Gütersloh.
- Weidenfeld, Werner (2005b): Europa eine zuverlässige Ordnung geben: Weichenstellungen für den künftigen Integrationsprozess, in: Ders. (Hrsg.): *Die Europäische Verfassung in der Analyse*, Gütersloh 2005, S.
- Weidenfeld, Werner (2005c): Europäische Einigung im historischen Überblick, in: Ders. / Wolfgang Wessels (Hrsg.): *Europa von A bis Z. Taschenbuch der Europäischen Integration*, 9. Auflage, Baden-Baden 2005, S.13-48.
- Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.) (2005): *Europa von A bis Z. Taschenbuch der Europäischen Integration*, 9. Auflage, Baden-Baden.
- Wessels, Wolfgang (2005a): Theoretischer Pluralismus und Integrationsdynamik: Herausforderungen für den „acquis académique“, in: Hans-Jürgen Bieling / Marika Lerch (Hrsg.): *Theorien der europäischen Integration*, Stuttgart 2005, S. 427-457.
- Wessels, Wolfgang (2005b): Die institutionelle Architektur des Verfassungsvertrags: Ein Meilenstein in der Integrationskonstruktion, in: Mathias Jopp / Saskia Matl (Hrsg.): *Der Vertrag über eine Verfassung für Europa. Analysen zur Konstitutionalisierung der EU*, Baden-Baden 2005, S. 45-85.
- Wessels, Wolfgang (2005c): The Constitutional Treaty: Three Readings from a Fusion Perspective, in: *Journal of Common Market Studies*, Annual Review 2005, S. 11-36.
- Wessels, Wolfgang (2005d): Das politische System der Europäischen Union. Die institutionelle Architektur des EU-Systems, Wiesbaden, im Erscheinen.
- Wiener, Antje (2005): Die Verfassung Europas: Konturen eines europäischen Konstitutionalismus, in: Mathias Jopp / Saskia Matl (Hrsg.): *Der Vertrag über eine Verfassung für Europa. Analysen zur Konstitutionalisierung der EU*, Baden-Baden 2005, S. 153-165.
- Wiener, Antje/Diez, Thomas (Hrsg.) (2004a): *Theories of European Integration: Past, Present and Future*, Oxford.
- Wiener, Antje/Diez, Thomas (Hrsg.) (2004b): Taking Stock of Integration Theory, in: Dies. (Hrsg.): *Theories of European Integration: Past, Present and Future*, Oxford 2004, S. 237-248.
- Wolf, Dieter (2005): Neo-Funktionalismus, in: Hans-Jürgen Bieling / Marika Lerch (Hrsg.): *Theorien der europäischen Integration*, Wiesbaden 2005, S. 65-90.